Stand: 07.12.2025 04:15:12

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/272

"Agrardieselrückvergütung beibehalten und Biokraftstoffe steuerfrei stellen"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 19/272 vom 23.01.2024
- 2. Plenarprotokoll Nr. 8 vom 24.01.2024
- 3. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/605 des HA vom 21.02.2024
- 4. Beschluss des Plenums 19/685 vom 13.03.2024
- 5. Plenarprotokoll Nr. 13 vom 13.03.2024



Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode

23.01.2024

Drucksache 19/272

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Petra Högl, Dr. Gerhard Hopp, Kerstin Schreyer, Leo Dietz, Alex Dorow, Dr. Stefan Ebner, Kristan Freiherr von Waldenfels, Karl Freiler, Sebastian Friesinger, Andreas Kaufmann, Dr. Petra Loibl, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Thomas Pirner, Jenny Schack, Josef Schmid, Sascha Schnürer, Thorsten Schwab, Steffen Vogel, Peter Wachler und Fraktion (CSU),

Florian Streibl, Felix Locke, Ulrike Müller, Stefan Frühbeißer, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Tobias Gotthardt, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Agrardieselrückvergütung beibehalten und Biokraftstoffe steuerfrei stellen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich weiterhin beim Bund für den vollständigen und dauerhaften Erhalt der Agrardieselrückvergütung einzusetzen.

Darüber hinaus wird die Staatsregierung aufgefordert, sich beim Bund dafür einzusetzen, in der Land- und Forstwirtschaft verwendete Biokraftstoffe für die Landwirtschaft künftig steuerfrei zu stellen.

Begründung:

Die von der Ampelkoalition beschlossene Abschaffung der Agrardieselrückvergütung belastet die deutsche Landwirtschaft mit jährlich 440 Mio. Euro und die bayerische Landwirtschaft mit 90 Mio. Euro.

Auf dem Rücken der Bauernfamilien versucht die Ampelkoalition krampfhaft, den von ihr aufgestellten, unseres Erachtens komplett misslungenen und vom Bundesverfassungsgericht für rechtswidrig erklärten Bundeshaushalt tragfähig zu machen.

Die deutsche Landwirtschaft verliert durch die Kürzungen massiv an Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den Berufskollegen innerhalb und außerhalb der EU, die in ihrem Land teilweise massiv gefördert werden. Die gemeinhin mit einer Verteuerung fossiler Kraftstoffe bezweckte Umstellung auf klimafreundlichere Antriebe kann in der Land- und Forstwirtschaft mangels bezahlbarer Technologiealternativen nicht über Nacht erzwungen werden. Kürzungen bei der Agrardieselrückvergütung wirken deshalb nicht als Transformations-Turbo, sondern einzig wie ein Griff in die Taschen der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe.

Als Folge davon werden Produkte in Deutschland entweder teurer oder es werden wiederum billigere Produkte aus dem Ausland importiert, mit allen negativen Folgen für Wertschöpfung und auch Klima.

Darüber hinaus haben die massiven Bauernproteste der vergangenen Wochen gezeigt, wie aufgeheizt die Stimmung in der Bevölkerung im Allgemeinen und in der Bauernschaft im Besonderen ist. Es besteht die ernste Gefahr, dass die politische Stimmung weiter nach rechts abdriftet.

Aus diesen Gründen sind die diesbezüglichen Beschlüsse der Bundesregierung sofort zurückzunehmen.

Darüber hinaus ist der Bund aufgefordert, in der Land- und Forstwirtschaft verwendete Biokraftstoffe künftig vollständig von der Energiesteuer zu entlasten und für die hierfür erforderlichen beihilferechtlichen Genehmigungen zu sorgen. Dies wäre ein weitaus wichtigerer Ansatz, die gesetzten Klimaziele zu erreichen, als die Bauernfamilien immer noch mehr zu belasten. Es müssen sämtliche Maßnahmen unterstützt werden, die dazu beitragen, den Ausstoß von CO2-Emissionen zu begrenzen, wie etwa die Nutzung erneuerbarer Kraftstoffe. Insbesondere sollte der derzeit geltende Rechtsrahmen nach der 10. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BlmschV) geändert werden. So muss die Bundesregierung die Einführung von paraffinischem Dieselkraftstoff im Straßenverkehr, der auch HVO100 umfasst (ein erneuerbarer Kraftstoff, der aus nachhaltigen biogenen Rest-/Abfallstoffen gewonnen wird), umsetzen. Bislang ist der Anwendungsbereich von HVO100 nur außerhalb des Straßenverkehrs (Schiffe, Züge, Bau-/Agrarmaschinen) sowie für die Nutzung durch die öffentliche Hand zugelassen, nicht jedoch etwa auch für privatwirtschaftliche Flotten. Eine Streichung der Agrardieselrückvergütung würde auch diese klimapolitisch wünschenswerte Entwicklung hin zu Biokraftstoffen erschweren.

Satz: Sicher hat das Grundgesetz zur Stabilität der Bundesrepublik Deutschland beigetragen, wiewohl wir doch wissen, dass nicht Verfassungen, sondern die handelnden Menschen, die das oder das aus ihnen machen, zur Stabilität eines Staates beitragen.

Kolleginnen und Kollegen, der gemeinsame Dringlichkeitsantrag der vier Parteien und die Reden der Vertreter dieser vier Parteien haben gezeigt, dass die handelnden Menschen in Bayern mit ihren Vertretern gewillt sind, die Angriffe, die Axt, die von denen, die da drüben sitzen, an die Säulen unseres Staates gelegt werden soll, abzuwehren. Wir wehren diesen Angriff gemeinsam ab, auch wenn wir in der Sache weiterhin leidenschaftlich miteinander streiten werden. Das gehört zur Demokratie.

Lassen Sie uns diese Grundgemeinsamkeit, die unseren Staat trägt, die unseren Wohlstand trägt, die unsere Freiheit trägt, beibehalten; denn dann wird die AfD am Ende politisch von der Bühne verschwinden. Auf diesen Tag freue ich mich persönlich sehr. – Vielen Dank, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dafür werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion, der Fraktion FREIE WÄHLER, der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD-Fraktion auf Drucksache 19/269 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der SPD und der GRÜNEN. Gegenstimmen! – Die AfD-Fraktion. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 19/278 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der AfD. Gegenstimmen! – Mit den Gegenstimmen von CSU, FREIEN WÄHLERN, SPD und GRÜNEN ist der Antrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 19/270 mit 19/272 und 19/279 werden nach der Plenarsitzung in die jeweils federführenden Ausschüsse überwiesen.

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, damit ist die Tagesordnung abgearbeitet. Hiermit beende ich die Sitzung.

(Schluss: 18:07 Uhr)

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode

Drucksache 19/**605** 21.02.2024

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Drs. 19/272

Agrardieselrückvergütung beibehalten und Biokraftstoffe steuerfrei stellen

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: Werner Stieglitz Mitberichterstatter: **Andreas Winhart**

II. Bericht:

- 1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus hat den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
- 2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 6. Sitzung am 31. Januar 2024 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Zustimmung

AfD: Zustimmung

B90/GRÜ: Ablehnung

SPD: Enthaltung

Zustimmung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 5. Sitzung am 21. Februar 2024 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Zustimmung FREIE WÄHLER: Zustimmung

AfD: 1 Zustimmung, 2 Enthaltung B90/GRÜ: Ablehnung

SPD: Ablehnung

Zustimmung empfohlen.

Josef Zellmeier

Vorsitzender



Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode

13.03.2024 Drucksache 19/685

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Petra Högl, Dr. Gerhard Hopp, Kerstin Schreyer, Leo Dietz, Alex Dorow, Dr. Stefan Ebner, Kristan Freiherr von Waldenfels, Karl Freller, Sebastian Friesinger, Andreas Kaufmann, Dr. Petra Loibl, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Thomas Pirner, Jenny Schack, Josef Schmid, Sascha Schnürer, Thorsten Schwab, Steffen Vogel, Peter Wachler und Fraktion (CSU),

Florian Streibl, Felix Locke, Ulrike Müller, Stefan Frühbeißer, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Tobias Gotthardt, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 19/272, 19/605

Agrardieselrückvergütung beibehalten und Biokraftstoffe steuerfrei stellen

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich weiterhin beim Bund für den vollständigen und dauerhaften Erhalt der Agrardieselrückvergütung einzusetzen.

Darüber hinaus wird die Staatsregierung aufgefordert, sich beim Bund dafür einzusetzen, in der Land- und Forstwirtschaft verwendete Biokraftstoffe für die Landwirtschaft künftig steuerfrei zu stellen.

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe den Tagesordnungspunkt 2 auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten, Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des Votums seiner Fraktion einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das gesamte Hohe Haus. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Keine. Damit ist das so beschlossen bzw. sind die Voten übernommen.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die Verfassungsstreitigkeiten, Europaangelegenheiten und nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen

oder

Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder

Ablehnung einer Fraktion im Ausschusses ode Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss

(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

Schreiben des Bundesverfassungsgerichts - Erster Senat - vom 28. Dezember 2023 (1 BvF 1/18) betreffend Verfahren über den Antrag festzustellen, ob Artikel 11 Absatz 3, Artikel 13 Absatz 1 Nummer 1b), Artikel 14 Absatz 1 Nummer 4, Artikel 15 Absatz 3 Nummer 1, Artikel 16 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 und Absatz 2 Satz 1 ("einer drohenden Gefahr für ein bedeutendes Rechtsgut"), auch im Zusammenhang mit Artikel 17 Absatz 1 Nummer 4 ("dies unerlässlich ist, um Maßnahmen nach Artikel 16 durchzusetzen"), Artikel 20 Nummer 3 Satz 3, Artikel 21 Absatz 1 Nummer 3, Artikel 25 Absatz 1 Nummer 1b), Artikel 32 Absatz 1 Satz 2, Artikel 33 Absatz 2 Nummer 1b), Artikel 34 Absatz 1 Satz 1, Artikel 35 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1, Artikel 36 Absatz 2, Artikel 40 Absatz 1 Nummer 2, Artikel 42 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1, Artikel 45 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und Artikel 60 Absatz 3 Nummer 1 des Gesetzes über die Aufgaben und Befugnisse der Bayerischen Staatlichen Polizei (Polizeiaufgabengesetz - PAG) vom 14. September 1990 (GVBI. S. 397) in der Fassung des Gesetzes zur Neuordnung des Bayerischen Polizeirechts (PAG-Neuordnungsgesetz) vom 18. Mai 2018 (GVBI. S. 301 und 434) mit dem Grundgesetz unvereinbar und daher nichtig ist PII-3001-3-3

Drs. 19/576 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Die Klage ist zulässig, aber unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Dr. Alexander Dietrich bestellt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	ENTH	A	A

Schreiben des Bundesverfassungsgerichts – Erster Senat – vom 17.11.2023 (1 BvR 2271/18 und 1 BvR 506/19) betreffend Verfassungsbeschwerde gegen Artikel 36 Absatz 1 bis 3, Artikel 37 Absatz 1 und Absatz 4 Satz 2, Artikel 38 Absatz 1, Artikel 39 Absatz 1 und Absatz 3 Satz 3 in Verbindung mit Artikel 40 Absatz 1 Nummer 2 und 3, Artikel 42 Absatz 1 und Absatz 2, Artikel 45 Absatz 1 und Absatz 2, Artikel 47 Absatz 1 Nummer 2, 4 in Verbindung mit Artikel 42 Absatz 1, 2 und Absatz 5 und Artikel 86 Absatz 1 Satz 2 in Verbindung mit Artikel 86 Absatz 4 und Artikel 83 Absatz 4 des Gesetzes über die Aufgaben und Befugnisse der Bayerischen Staatlichen Polizei (Polizeiaufgabengesetz – PAG) vom 14. September 1990 (GVBI. S. 397) in der Fassung des Gesetzes zur Neuordnung des Bayerischen Polizeirechts (PAG-Neuordnungsgesetz) vom 18. Mai 2018 (GVBI. S. 301 und 434) – 1 BvR 2271/18 –

gegen Artikel 22 Absatz 2, Artikel 32, 33, 35, 36, 37, 38, 40, 41, 42, 43, 44 Absatz 1 Satz 5, Artikel 45, 47, 49, 60 Absatz 3 und Artikel 61 Absatz 2 des Gesetzes über die Aufgaben und Befugnisse der Bayerischen Staatlichen Polizei (Polizeiaufgabengesetz-PAG) vom 14. September 1990 (GVBI. S. 397) in der Fassung des Gesetztes zur Neuordnung des Bayerischen Polizeirechts (PAG-Neuordnungsgesetz) vom 18. Mai 2018 (GVBI. S. 301 und 434) – 1 BvR 506/19 –

PII-3001-3-2 Drs. 19/575 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Die Klage ist zulässig, aber unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Dr. Alexander Dietrich bestellt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	ENTH	A	A

 Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 22. Januar 2024 (Vf. 4-VII-24) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Bebauungsplans mit Grünordnung Nr. 2109 der Landeshauptstadt München vom 6. Juli 2022

PII-3001-2-1 Drs. 19/578 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Der Landtag beteiligt sich nicht am Verfahren.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z		Z		

Europaangelegenheiten

 Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Dr. Gerhard Hopp, Martin Wagle, Alex Dorow u.a. CSU Subsidiarität

Geänderter Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über einen Mechanismus zur Überwindung rechtlicher und administrativer Hindernisse in einem grenzübergreifenden Kontext COM(2023) 790 final

BR-Drs. 46/24 Drs. 19/588, 19/650

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z		Z	A	A

 Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur Entwicklung der Rahmenbedingungen für die Sozialwirtschaft COM(2023) 316 final BR-Dre 305/23

BR-Drs. 305/23 Drs. 19/303, 19/651

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag nimmt das Vorhaben mit den auf Drs. 19/651 veröffentlichten Anmerkungen zur Kenntnis.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE Wähler	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

 Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, dem Rat, die Europäische Zentralbank, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: EU-Justizbarometer 2023

COM(2023) 309 final BR-Drs.: 323/23 Drs. 19/304, 19/654

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im nichtlegislativen Verfahren der Europäischen Union die auf Drs. 19/654 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
	Z	Z	A	A

7. Nichtlegislatives Vorhaben der Europäischen Union Vorschlag für eine Empfehlung des Rates "Europa in Bewegung" – Lernmobilität für alle

COM(2023) 719 final BR-Drs.: 643/23 Drs. 19/305, 19/663

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag nimmt das Vorhaben mit den auf 19/663 veröffentlichten Maßgaben zur Kenntnis.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
	Z	A	Z	

Anträge

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Verena Osgyan, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Wissenschaftsstandort Bayern erhalten – Personal an unseren Hochschulen stärken Drs. 19/31, 19/536 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	ENTH	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bericht zum Testbetrieb der "Verfahrensübergreifenden Rechercheund Analyseplattform" – VeRA Drs. 19/113, 19/478 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Ø	Ø	团	团	Z

 Antrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Stefan Löw und Fraktion (AfD)
 Lachgas – die neue Drogenepidemie?
 Drs. 19/135, 19/477 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

 Antrag der Abgeordneten Oskar Lipp, Florian Köhler, Johannes Meier und Fraktion (AfD) Grünflation stoppen: CO₂-Abgabe abschaffen! Drs. 19/203, 19/617 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

 Antrag der Abgeordneten Dr. Stephan Oetzinger, Robert Brannekämper, Kerstin Schreyer u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Bericht über Arbeitsbedingungen für den wissenschaftlichen Nachwuchs und junger Wissenschaftler im Vergleich Drs. 19/227, 19/609 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Ute Eiling-Hütig u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Anton Rittel u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Jugendherbergen sicher durch die Krise bringen Drs. 19/228, 19/592 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	A	Z	

 Antrag der Abgeordneten Harald Meußgeier, Ralf Stadler, Oskar Lipp u.a. und Fraktion (AfD) Hofnahe Schlachtung in Bayern Drs. 19/236, 19/607 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	Α

 Antrag der Abgeordneten Oskar Lipp, Ralf Stadler, Harald Meußgeier u.a. und Fraktion (AfD) Freiflächen-Photovoltaikanlagen auf landwirtschaftlichen Flächen Drs. 19/238, 19/581 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

 Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Oskar Lipp, Harald Meußgeier u.a. und Fraktion (AfD) Tourismus in Niederbayern Drs. 19/239, 19/555 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD) Verbot der Gendersprache an Hochschulen in Bayern Drs. 19/270, 19/600 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

18. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Markus Rinderspacher, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD) Anhörung: Für eine EU ohne Antisemitismus Drs. 19/271, 19/487 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	ENTH	Z	Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. und Fraktion (CSU), Florian Streibl, Felix Locke, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Agrardieselrückvergütung beibehalten und Biokraftstoffe steuerfrei stellen Drs. 19/272, 19/605 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	A	ENTH

 Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Anna Rasehorn, Nicole Bäumler u.a. SPD
 Gegen Antisemitismus in Bayern – langfristige Finanzierung von RIAS Bayern sicherstellen Drs. 19/280, 19/620 (A) [X]

Gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschOVotum des **mitberatenden** Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
		Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Ursula Sowa u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Sachstand zur Standortsuche für einen Neubau der Justizvollzugsanstalt Bamberg Drs. 19/297, 19/594 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
ENTH	ENTH	A		Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Aktueller Stand Zukunftsinitiative Deutsches Museum Drs. 19/298, 19/601 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	团	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Geldnot der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt Drs. 19/299, 19/602 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
	Z	Z	Z	Z

24. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haus der Kunst: Zeitplan für eine nachhaltige und nutzerorientierte Sanierung
Drs. 19/300, 19/603 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Bericht über den Beitrag Bayerns zum Weltnaturerbe "Grünes Band" Drs. 19/301, 19/616 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

26. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Paul Knoblach u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Lehrschlachthöfe errichten – mehr Tierwohl und mehr Praxisnähe für die Studierenden Drs. 19/302, 19/587 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Naturkundemuseum Bayern: Sachstandsbericht Drs. 19/308, 19/604 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
	Z	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)
 Pendler entlasten –
 Erhöhung und Dynamisierung der Entfernungspauschale

Erhöhung und Dynamisierung der Entfernungspauschale Drs. 19/310, 19/606 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

 Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Ferdinand Mang, Benjamin Nolte und Fraktion (AfD)
 Regionale Identität stärken: Denkmalschutzprogramm zum Schutz und zur Wiederbelebung dörflicher Strukturen auflegen Drs. 19/317, 19/593 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	Z	A	A

 Antrag der Abgeordneten Walter Nussel, Alexander Flierl, Dr. Gerhard Hopp u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Josef Lausch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Biokraftstoff aus China auf Echtheit kontrollieren Drs. 19/325, 19/621 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z		Z	Z	Z

31. Antrag der Abgeordneten Alexander Flierl, Petra Högl, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Kein Strukturbruch in der landwirtschaftlichen Tierhaltung und Beibehaltung der bisherigen Rechtslage bezüglich Jagdhunden bei der geplanten Änderung des Tierschutzgesetzes Drs. 19/349, 19/618 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	A	A

 Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Alexander Flierl, Petra Högl, Josef Zellmeier u.a. CSU Entnahme von Saatkrähen zur Verhinderung landwirtschaftlicher und urbaner Schäden Drs. 19/350, 19/619 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
		Z	A	ENTH

 Antrag der Abgeordneten Dr. Gerhard Hopp, Dr. Ute Eiling-Hütig, Holger Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Ulrike Müller u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Der Freistaat Bayern steht fest und solidarisch an der Seite Israels Drs. 19/355, 19/542 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z

34. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer, Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Wartezeiten für Gentest auf Veränderungen in den beiden Genen BRCA1 und BRCA2 verkürzen! Drs. 19/356, 19/610 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z		Z	ENTH	ENTH

 Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Nicole Bäumler, Doris Rauscher u.a. SPD Anhörung zur Änderung des Pflegendenvereinigungsgesetzes Drs. 19/358, 19/595 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	ENTH		Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Für das Klima und die Planungssicherheit unserer Kommunen: Wärmeplanung jetzt in Bayern umsetzen Drs. 19/368, 19/622 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
A	A	A	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Oskar Lipp, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
 Kleinbäuerliche Landwirtschaft erhalten: Berlin die rote Karte zeigen! Drs. 19/390, 19/608 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

 Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Wolfgang Hauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) VeRA: Für einen effektiven und rechtssicheren Testbetrieb Drs. 19/471, 19/591 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
Z	Z	Z	Z	Z